

2517/J XXI.GP

Eingelangt am: 06-06-2001

Dringliche Anfrage

gem. § 93 Abs. 1 GOG

der Abgeordneten Edlinger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend **Zukunft der ÖIAG**

Die Österreichische Bundesregierung hat im letzten Jahr keine gute Hand für die Unternehmen der ÖIAG bewiesen. Das letzte Jahr war ein Jahr der wirtschafts- und standortpolitischen Debakel der Bundesregierung. Österreichische industriepolitische Interessen wurden zum Schaden von Standort, ÖIAG - Betrieben, deren Beschäftigten und Anteilseignern wegen der blinden Erfüllung von Privatisierungsideologien geopfert.

Dass Österreich sich mit der schwarz - blauen Regierungspolitik auf dem Weg in die Sackgasse befindet, sehen inzwischen zahlreiche Experten über alle Parteigrenzen hinweg. Denn auch diese bestätigen die Haltung der SPÖ, dass österreichische Kernaktionäre standort-, industrie- und wirtschaftspolitisch in unserer kleinen Volkswirtschaft notwendig sind. Aufgrund des benötigten Kapitals kann derzeit in den Flaggschiffen der österreichischen Industrie nur der Staat Kernaktionär sein.

Beispielsweise sehen die Autoren einer IHS - Studie ("Public Private Ownership", November 2000) gute Gründe für eine Minderheitsbeteiligung des Staates an gewissen Schlüsselunternehmen. Denn dadurch sei der Staat in der Lage, gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen einzubringen. Zudem wird festgehalten, dass Unternehmen in Streubesitz Gefahr laufen, Ziel einer feindlichen Übernahme zu werden.

Auch der nicht gerade als Apologet der Verstaatlichung bekannte Böhler - Uddeholm - Chef Claus Raidl bekannte sich nun zu einem Kernaktionär ÖIAG: "Bei einem kompletten Abverkauf besteht die Gefahr, dass Wertschöpfung verloren geht." (Trend 3/2001)

Immer wieder werden Beschäftigte, Anleger und Märkte dadurch verunsichert, dass es offensichtlich unklar ist, inwieweit Anteile von ÖIAG - Unternehmen über die Festlegungen im Regierungsprogramm hinaus mittelfristig verkauft werden sollen. An eine diesbezüglich

vor 3 Monaten geführte, breitangelegte Diskussion der Regierungsparteien sei an dieser Stelle erinnert.

Bislang war es unbestritten, dass eine kleine Volkswirtschaft wie die österreichische zum Wohle der heimischen Wirtschaft stabile Kernaktionäre für die wichtigen inländischen Konzerne - von VA Stahl über OMV bis zur Post und Telekom - braucht. Denn nur so können Kompetenzzentren, Forschung und Entwicklung und damit langfristig die Arbeitsplätze in Österreich gesichert werden.

Die Abkehr von der Kernaktionärsphilosophie bedeutet daher auch, dass die Chancen des Wirtschaftsstandortes Österreich, die Zukunft auch erfolgreich zu bewältigen, ohne österreichisches Eigentum nach allen internationalen Erfahrungen nachhaltig geschmälert wird.

Wir bekennen uns zur Wahrung österreichischer Interessen in der Wirtschaft und insbesondere zur Wahrung österreichischen Eigentums an Wirtschaftsunternehmen, dessen Sinnhaftigkeit durch zahlreiche Experten und internationale Beispiele belegt ist.

Österreichisches Eigentum ist sinnvoll, weil

- österreichisches Eigentum besser zur Standortsicherung durch den Erhalt von Kompetenzzentren, Forschung und Entwicklung und damit schließlich zur Sicherung der Arbeitsplätze beiträgt
- österreichisches Eigentum besser mit den vielschichtigen nationalen Interessen harmoniert und trotzdem global agieren kann
- österreichisches Eigentum besser die Standortsicherung mitträgt und trotzdem international kooperiert
- österreichisches Eigentum auf kommunaler Ebene hohe Akzeptanz genießt.

Wenn sich die ÖIAG nach dem Willen der schwarz - blauen Koalition als Kernaktionär zurückzieht, stellt sich die Frage, wer diese Unternehmen kontrollieren wird. Übernahmen und die Verlegung von Konzernzentralen sind eine wahrscheinliche Folge, wie viele internationale Beispiele zeigen. Erfahrungsgemäß sind damit aber auch zahlreiche Arbeitsplätze bei angelagerten Dienstleistern gefährdet, wie zum Beispiel im Bereich der Anwälte, Steuerberater, Finanzdienstleister usw., die alle zusätzliche Wertschöpfung bringen.

Österreichisches Eigentum an den Flaggschiffen der österreichischen Industrie und dessen Wert ist durch dilettantisches politisches Handeln, Konzeptlosigkeit und Freunderlwirtschaft von bisher nicht gekanntem Ausmaß gefährdet.

Der Verkauf der UMTS - Lizenzen blieb im Ertrag weit hinter den durch internationalen Vergleich gerechtfertigten Erwartungen zurück. Die weitere Platzierung von Anteilen der Telekom an der Börse geriet aufgrund krasser Fehlentscheidungen schlicht zum Desaster und ließ fast 40.000 österreichische Erst - Kleinanleger nach nur wenigen Wochen mit rund einem Drittel weniger an Wert zurück.

Konkret bedeutet das, dass es im Vergleich zum Erlös aus den Deutschen UMTS - Lizenzen die Regierung durch ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz geschafft hat, rund 50 Milliarden Schilling in den Sand zu setzen (in Österreich wurden gerade einmal rund 11 Milliarden erzielt, im etwa zehnmal so großen Deutschland rund 700 Milliarden). Unter einem SPÖ - Finanzminister wurden für 25% der Telekom Austria in der letzten Legislaturperiode rund 24 Milliarden erzielt, die jetzige Regierung schaffte für 25% netto gerade einmal 13 Milliarden (die Inkompetenz der Regierung hat hier den ÖsterreicherInnen 11 Milliarden gekostet).

Das Vertrauen der Anleger und Investoren schwindet, was sich auch deutlich im Kursverlauf der wichtigsten Titel ausdrückt. Die ÖIAG - Anteile haben im vergangenen Jahr durch die Politik der schwarz - blauen Koalition mehr als 38 Milliarden Schilling an der Börse an Wert verloren.

In dieser Situation treten nun auch noch Zweifel über die Zukunft des Konzerns insgesamt und auch darüber auf, wer überhaupt die Geschicke dieser für den Wirtschaftsstandort Österreich so wichtigen Unternehmen lenkt.

Dies ist umso entscheidender, als Industriepolitik und Standortpolitik die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes maßgeblich und nachhaltig bestimmen. Sie reduziert sich derzeit darauf, dass die "Friends of Prinzhorn (FOPs)" die Filetstücke der Republik Österreich zu Schleuderpreisen auf den Markt bringen wollen, um sich dann mit ihren Stiftungen, Immobiliengesellschaften und Industrieunternehmen günstig selbst einzudecken. Volksvermögen wird vernichtet, um sich selbst und Freunde billig zu bedienen. Nur dafür werden neue Aufsichtsräte und Vorstände in ÖIAG - Betrieben gebraucht. Die Rechnung dafür bezahlt der Steuerzahler.

Der Vorgang ist dabei immer der gleiche: zuerst werden versierte und erfahrene Aufsichtsräte überfallsartig entfernt und durch FOP's bzw. blauschwarze Sympathisanten ersetzt, die dann das vorhandene Management so rasch wie möglich hinauskomplimentieren.

Der von der FPÖVP - Koalition durchgeführte Austausch des ÖIAG - Aufsichtsrates ist selbstverständlich unter "streng objektiven Kriterien" erfolgt. Aufsichtsrat Nr. 1 und

Aufsichtsratsvorsitzender ist seither Dipl. Bw Alfred Heinzel, gleichzeitig Vorstand der Stiftung des FPÖ - Spitzenpolitikers Thomas Prinzhorn. Aufsichtsrat Nr.2, Dr. Cornelius Grupp, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Prinzorns. Aufsichtsrat Nr.3, Dr. Veit Schaub, ist Mitglied des Stiftungsrates der Prinzhorn'schen Privatstiftung. Und Aufsichtsrat Nr.4, Dr. Veit Sorger, ist Mitglied des Stiftungsrates der Prinzhorn'schen Privatstiftung.

Bei den Österreichischen Bundesbahnen mußten nach Veränderungen im Aufsichtsrat erfolgreiche Vorstände gehen, um einem aus Deutschland weggelobten Manager Platz zu machen.

Beispiele ohne Ende: Der Aufsichtsrat der Österreichischen Elektrizitätswirtschaft AG wurde in der Hauptversammlung am 16. März 2000 umgefärbt. In den Aufsichtsrat wurden der FPÖ bzw. ÖVP nahestehende Manager, aber auch der ehemalige ÖVP - Abgeordnete Günther Fritzbeg und der ÖVP - nahe Heinz Handler gesetzt.

Weitere Umfärbungen fanden in den Aufsichtsräten der Buwog, der Brenner Eisenbahngesellschaft, der Graz - Köflacher Eisenbahngesellschaft, der Asfinag, der Hochleistungs - AG, der VA Tech, der Böhler Uddeholm, der OMV und der Telekom statt. Jüngstes Beispiel ist die überfallsartige Auswechslung des Aufsichtsrates bei der Internationalen Amtssitz und Konferenzzentrums AG (IAKW). In all diesen Unternehmen schwingt die Ablöse der nach der neuen Farbenlehre nicht mehr genehmen Vorstände mit.

Manchmal müssen auch Vorstände als Sündenböcke für die Unfähigkeit der ÖIAG - Spitze herhalten, wie das bei der Telekom nach dem von ÖIAG - Vorstand Ditz zu verantwortenden Debakel beim Börsengang der Fall ist. Angesichts der Probleme in der Branche und den Herausforderungen, denen die Telekom Austria derzeit gegenübersteht, ist die geplante Ablöse des Telekom - Chefs Sundt ein geradezu stümperhafter Fehler, der die Prüfung von Schadensersatzansprüchen gegen die Aufsichtsräte jedenfalls rechtfertigt.

Verunsicherung auch bei der Österreichischen Fluglinie AUA. Neue Aufsichtsräte sollen für die Ablöse der AUA - Vorstände Herbert Pammer und Mario Rehulka sorgen. Die Bekanntgabe der Ablöse des Vorstandsduos hatte ein Absinken des Börsenkurses von 20% zur Folge.

Für die Umfärbung und Machtergreifung in den staatlichen und staatsnahen Unternehmen ist der Koalition, vor allem aber der FPÖ und den Freunden von Prinzhorn nichts zu teuer.

Wie der Kurier in seiner Ausgabe vom 17. Mai 2001 auf Seite 17 berichtete, "kommt man auf eine Summe von locker 200 Mio. Schilling", wenn man die "Ablösesummen" aus ÖIAG,

AUA, Bundesforste, Telekom Control und aller Voraussicht nach der Telekom Austria zusammenzählt. Berichten des Format dieser Woche zufolge könnten es sogar 250 Millionen Scbilling sein. Durch Mißbrauch der Macht werden den betroffenen Unternehmen damit auch Mittel entzogen, die sie für Restrukturierungsmaßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit besser einsetzen könnten.

Und wenn man den öffentlichen Äußerungen namhafter Funktionäre der Regierungsparteien glaubt, war das erst der Anfang. In der Tat stehen nach den Plänen Prinzorns noch der Verkauf von VA Stahl, VA Tech, Böhler Uddeholm und anderen Betrieben auf dem Programm. Und auch die sollen ja günstig zu haben sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher aus Sorge um den Wirtschaftsstandort Österreich und die Werthaltigkeit der ÖIAG - Betriebe an den Bundesminister für Finanzen folgende nachstehende

Anfrage:

1. In welcher Höhe belaufen sich Ihre Informationen als Eigentümervertreter bzw. als Regierungsmitglied zufolge die Aufwände für Beraterfirmen im Zusammenhang mit den Neubestellungen in den Aufsichtsräten und Vorständen in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG, IAKW sowie deren (allfälligen) Töchtern?
2. In welcher Höhe belaufen sich Ihre Informationen als Eigentümervertreter bzw. als Regierungsmitglied zufolge die Aufwände für Abfertigungen und sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden vor Vertragsende von Aufsichtsräten und Vorständen in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG, IAKW sowie deren (allfälligen) Töchtern?
3. Können Sie als Eigentümervertreter aufgrund der allgemeinen Erfahrung mit Kapitalmärkten und den Ihnen vorliegenden Informationen ausschließen, dass Irritationen und Unsicherheiten über die weitere Vorgangsweise des derzeitigen Kernaktionärs in den von der ÖIAG gehaltenen Unternehmen deren Börsenkurse negativ beeinflussen können? Können Sie ebenso ausschließen, dass dadurch relevante Vermögenswerte von vielen Kleinanlegern vernichtet und allfällige Verkaufserlöse zum Nachteil der Steuerzahler geschmälert werden können? Und wenn ja, warum?
4. Wie beurteilen Sie als Eigentümervertreter den Kursverlauf der Telekom Austria, und halten Sie die anhaltende Diskussion um die Vorstandsbesetzung bzw. den Telekom - Chef Sundt in der schwierigen Situation für förderlich, in der sich das Unternehmen im Marktumfeld und strukturell befindet?
5. Wie beurteilen Sie als Eigentümervertreter den Kursverfall der AUA am 14. Mai 2001, das ist jener Tag, an dem die Ablöse des Vorstandsduos Bammer und Rehulka angekündigt wurde? Halten Sie in diesem Zusammenhang die anhaltende Diskussion um die Vorstandsbesetzung in der schwierigen Situation für förderlich, in der sich das Unternehmen im Marktumfeld und strukturell befindet?
6. Haben Sie als Eigentümervertreter überhaupt alleine die Mehrheit im Aufsichtsrat der AUA, um eine Ablöse des Vorstands ohne weitere Absprachen mit anderen Aufsichtsräten durchführen zu können? Halten Sie eine Vorgangsweise für professionell bzw. im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, wenn eine Ablöse des Vorstands von einem der Eigentümer öffentlich angekündigt wird, ohne über eine sichere Mehrheit im Aufsichtsrat zu verfügen?
7. Welche Aufsichtsräte wurden Ihre Informationen als Regierungsmitglied und Eigentümervertreter zufolge seit Februar 2000 in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG, IAKW sowie deren (allfälligen) Töchtern durch welche

- neuen Aufsichtsräte ersetzt und was waren - abgesehen von Altersgründen die maßgeblichen sachlichen Gründe dafür?
8. Nach welchen Kriterien wurden die neuen Aufsichtsräte in den unter 7. angeführten Unternehmen ausgewählt, wurden diese Funktionen öffentlich ausgeschrieben und welche Personalberaterfirmen wurden zu welchen Kosten eingeschaltet?
 9. Welche Vorstände bzw. Geschäftsführer wurden Ihren Informationen als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger zufolge seit Februar 2000 in ÖIAG, ÖBAG, Post AG, Telekom Austria, Austria Tabak AG, Austrian Airlines AG, OMV AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG sowie deren (allfälligen) Töchtern durch welche neuen Vorstände bzw. Geschäftsführer ersetzt und was waren - abgesehen von Altersgründen - die maßgeblichen sachlichen Gründe dafür?
 10. Nach welchen Kriterien wurden die neuen Vorstände bzw. Geschäftsführer in den unter 9. angeführten Unternehmen nach Ihrer Erkenntnis als Eigentümerversorger und Regierungsmitglied ausgewählt, wurden diese Funktionen nach Ihrer Erkenntnis als Eigentümerversorger und Regierungsmitglied öffentlich ausgeschrieben und welche Personalberaterfirmen wurden zu welchen Kosten eingeschaltet?
 11. Nach welchen der unter 8. und 10. näher ausgeführten Kriterien und Verfahren wurden die Vorstände und die Aufsichtsräte der Postbus AG bestellt?
 12. Stimmt es, dass Personen in den Aufsichtsrat der ÖIAG entsendet wurden, die Funktionen in der Privatstiftung von Thomas Prinzhorn haben, und die im Wege einer 1,8 Millionen ATS teuren Personalsuche durch einen Unternehmensberater vorgeschlagen wurden, dessen Trauzeuge Thomas Prinzhorn war?
 13. Können Sie ausschließen, dass es durch derartige Vorgangsweisen zu Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft kommt, in denen private Interessen von Unternehmern und deren Managern, die zum Freundeskreis von Thomas Prinzhorn gehören, verfolgt werden?
 14. Stimmt es, dass Sie als Regierungsmitglied in einer Wohnung wohnen, zu der Sie über einen Immobilienmakler gekommen sind, den Sie selbst zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BUWOG bestellt haben?
 15. Können Sie als Eigentümerversorger ausschließen, dass sich ein Druck bzw. verbindliche Zeitlimits zur Veräußerung von Anteilen an ÖIAG - Unternehmen negativ auf den zu erzielenden Kaufpreis auswirken kann? Und wenn nein, warum nicht?
 16. Halten Sie es als Eigentümerversorger nach grundlegenden ökonomischen Kriterien und den Ihnen vorliegenden Informationen für klug, für die ÖIAG unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung für den Standort Österreich ein klares Konzept für ihre mittelfristige Zukunft zu haben? Und wenn nein, warum nicht?
 17. Wenn ja zu Frage 16.: Wie sieht dieses Konzept in seinen Eckpunkten ganz allgemein für die nächsten fünf Jahre aus?
 18. Streben Sie als Regierungsmitglied und Eigentümerversorger an, dass es im Lauf der nächsten fünf Jahre nicht zum Verkauf von Anteilen an der ÖIAG selbst kommt und

können Sie für die laufende Legislaturperiode ausschließen, dass es zu derartigen Schritten, oder zu diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten kommt? Wenn ja, in welchem Ausmaß planen Sie Veräußerungen?

19. Können Sie ausschließen, dass im Laufe dieser Legislaturperiode an folgenden Unternehmen der ÖIAG der Anteil des Bundes unter 25 % sinkt: Telekom Austria, Austrian Airlines AG, VA Tech AG, VA Stahl AG und Böhler Uddeholm AG, Österreichischen Post? Können Sie ausschließen, dass hiedurch der österreichischen Volkswirtschaft Schaden entsteht?
20. Was sind die weiteren Pläne für die Postbus AG und welche Rolle spielt dabei die Gewährleistung öffentlicher Verkehrsverbindungen in geografisch und hinsichtlich der Bevölkerungsdichte schwierigen Lagen?

In formeller Hinsicht wird gem. § 93 Abs. 1 GOG verlangt, diese Anfrage dringlich zu behandeln.